Nummer 222 — Halle, Dienstag, den 22. September 1925 — 60. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 1.60 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 40 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark. Für Anzeigen, die im gleichen Umfang in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagshaus, Leipzigerstraße 10 u. Ge. Bernhardstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Reichspräsident v. Hindenburg ist nach Besuch Düsseldorfs, wo ihm unter stürmischen Kundgebungen der Bevölkerung der Ehrenbürgerbrief überreicht wurde, am Sonnabendabend wieder in Berlin eingetroffen. Auf der Rückfahrt über Hannover wurden ihm noch begeisterte Huldigungen dargebracht.

*

Zu einer vaterländischen Kundgebung in Dortmund hatte gestern der Deutsche Ostbund seine Mitglieder im Rheinland und Westfalen aufgerufen. Es hatten sich viele tausende Mitglieder eingefunden. Nach der Begrüßungsrede des Oberbürgermeisters Dr. Eichhoff wurde die neue Fahne der Ortsgruppe Dortmund eingeweiht. Dann formierten sich die einzelnen Delegationen zu einem Festzuge durch die mittlere Stadt, wo die eigentliche Feier stattfand.

*

Prinzessin Therese von Bayern, einzige Tochter des Prinzregenten Luitpold von Bayern, ist am Sonnabend in Villa Am See in Lindau gestorben.

*

In Berlin sind am Sonnabend die ersten Strafverfahren gegen insgesamt 28 Geschäftsinhaber eingeleitet worden, wegen Ueberschreitens der Verdienstspanne. Die Kontrolle wird mit einem vermehrten Beamtenaufgebot fortgesetzt.

*

Der Berliner tschechoslowakische Gesandte, Krofta, teilte im Namen seiner Regierung dem Außenminister Dr. Stresemann unter Bezugnahme auf die in letzter Zeit in Deutschland und den Alliierten ausgetauschten Noten mit, daß die tschechoslowakische Regierung bereit sei, in Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-tschechoslowakischen Schiedsvertrages einzutreten.

*

Die interalliierte Rheinlandkommission verbot für das ganze besetzte Gebiet sämtlichen Genossenschaften der freiwilligen Krankenpfleger des Roten Kreuzes das Tragen der Dienstkleidung. Dem Genossenschaften wurde nur zugestanden, daß ihre Mitglieder Mütze und Armbinde tragen dürfen. Den Mitgliedern des Arbeitersanitätsbundes wurde das Tragen von Mütze, Armbinde und weißer Bluse gestattet.

*

Wie „Petit Parisien" aus Valenciennes meldet, sind dort in letzter Zeit Flugzettel gegen die wertbeständige Staatsanleihe an die Mauern geklebt worden. Es fanden beim Sekretär der kommunistischen Partei und in den Büros der Partei Haussuchungen statt, bei denen zahlreiche Dokumente beschlagnahmt und eine Geheimdruckerei entdeckt wurde. Der Sekretär, der einen geladenen Revolver bei sich trug, wurde verhaftet.

*

Die Mitglieder der deutschen Delegation für Wirtschaftsverhandlungen mit Rußland sind aus Moskau im Flugzeug in Berlin eingetroffen, um am Montag dem Kabinett den abschließenden Bericht über die bisherigen Verhandlungsergebnisse zu erstatten. Soweit aus russischen Sowjetblättern entnommen werden kann, fehlen noch die Zugeständnisse Deutschlands in den Hauptfragen, auch die Frage der Ausdehnung des Handelsvertrags auf die Sowjetstaaten Asiens sei noch keineswegs geklärt.

*

In einem Aufsatz des Londoner „Sunday Expreß" schildert Sir Robert Donald auf Grund seiner Studienreise durch Oberschlesien die unmöglichen Zustände, die durch die Zerstückelung dieses Gebietes geschaffen werden, und bezeichnet Oberschlesien als wahren Hexenkessel Europas, der jederzeit überkochen könne.

*

In Oberitalien haben die Faschisten weitere Verluste bei den Gemeindeergänzungswahlen erlitten. In Pisa verloren sie vier Sitze, in Florenz fünf Sitze, in Venedig vier Mandate.— Das reimt sich schlecht mit dem stolzen Bericht der Faschisten an Mussolini.

*

Die Londoner Times melden aus Marokko: Das Wiedereintreffen von Flüchtlingen aus der Frontlinie bei Tetuan in Tanger bedeutet ein ungünstiges Symptom für die Lage der Spanier. Die Vorstadt von Tetuan ist von Abd-el-Krims Truppen besetzt.

Das Staatsdepartement hat den amerikanischen diplomatischen Vertreter in Tanger beauftragt, die amerikanischen Flieger, die zusammen mit den Franzosen gegen die Rifleute kämpfen, zu verständigen, daß sie hierdurch die Gesetze der Vereinigten Staaten verletzen.

*

Der Arbeitsminister der Südafrikanischen Union hat sich im Auftrag des Kabinetts nach Durban begeben, um die Schwierigkeiten, die dort durch den Ausstand von Tausenden streikender Seeleute in den Straßen der Stadt entstanden sind, zu beheben. Die streikenden Seeleute sind ohne Obdach und Verpflegung.

Der Völkerbundsrat entrechtet Danzig

Polen bekommt das Postrecht.

Der Völkerbundsrat genehmigte in seiner Sonnabend-Sitzung über den Danzig-polnischen Briefkastenkonflikt entgegen den Danziger Beschwerden den Vorschlag des Sachverständigenausschusses über die Festsetzung der Grenzlinien des Danziger Hafens für den polnischen Postdienst. Senatspräsident Sahm hatte im Auftrag der Danziger Regierung gefordert, daß die endgültige Entscheidung über die Grenzziehung dem Internationalen Gerichtshof zu Haag übertragen werden solle. Der polnische Vertreter Strasburger widersprach diesem Vorschlag und bat den Völkerbundsrat um sofortige Entscheidung auf Grund des vorliegenden Sachverständigengutachtens.

Infolge dieser Entscheidung des Völkerbundsrats muß Polen zwar drei der von ihm im Januar dieses Jahres im Danziger Stadtgebiet angebrachten Briefkästen sofort entfernen, aber die übrigen Briefkästen können an ihren Plätzen verbleiben.

Der Protest des Danziger Senatspräsidenten Sahm und sein Verlangen, den Streit durch den Haager Schiedsgerichtshof zu entscheiden, war vergeblich. Polen erhält also im größten Teil Danzigs einen eigenen Postbetrieb und damit neuen Einfluß über den „Freistaat".

Polen bekommt ein Munitionsdepot.

Senatspräsident Sahm erhob einen Protest gegen die Unterbringung des Munitionslagers im Hafengebiet von Danzig, wie er ihn bereits im März 1924 ausgesprochen habe und erklärte, Polen habe auf polnischem Territorium in der Zwischenzeit einen eigenen Kriegshafen fertiggestellt, der für Munitionstransporte [illegible] ausreichend [illegible]. Die Bevölkerung [illegible] sich niemals mit der Tatsache aussöhnen, daß ohne zwingende Notwendigkeit die Sicherheit der Einwohner der Stadt Danzig für polnische militärische Zwecke dauernd großen Gefahren ausgesetzt sei.

Der Völkerbundsrat stimmte der Errichtung des polnischen Munitionsdepots auf der Westerplatte zu und beschloß, den Hafenausschuß mit der Grenzziehung zu beauftragen. Das Munitionsdepot soll Ende Oktober von Danzig an Polen ausgeliefert werden.

Neue Beschwerden Polens.

Von neuen Beschwerden Polens beim Völkerbund wissen die Pariser Blätter aus Genf zu berichten:

In Ostpreußen würde kein polnischer Schulunterricht von der preußischen Regierung zugelassen, den Kindern sei in den Pausen verboten, polnisch zu sprechen. Dem „Matin" zufolge richten sich Polens neue Vorstellungen gegen die Behandlung der polnischen Minoritäten in Deutschland. Bei 1 398 000 Polen im deutschen Reiche beständen noch immer im Reichsgebiet nur 18 Schulen im Masurenland, in denen vier Stunden wöchentlich polnischer Unterricht gegeben wird, und 24 Schulen in Deutsch-Oberschlesien.

— Von einem Protest der deutschen Regierung gegen die Behandlung der mehreren Millionen Deutscher in Polen verlautet leider nichts.

Polens Wirtschaftslage „niederschmetternd".

Ueber eine Konferenz der Seym-Klubführer beim Sejmmarschall Rataj, in der der polnische Ministerpräsident Grabski über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Polens Bericht erstattete, weiß die „Rzeczpospolita" zu berichten, daß das Ergebnis der Konferenz für den Ministerpräsidenten geradezu niederschmetternd gewesen sei. Die versammelten Klubführer hätten den Ministerpräsidenten aufgefordert, noch vor Ende des Monats ein Programm vorzulegen, wie die Regierung den finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten begegnen wolle.

Die Konferenzmitglieder sollen nach dem Blatt den Eindruck gewonnen haben, daß Ministerpräsident Grabski Schwierigkeiten gegenüberstehe, die er nicht werde bewältigen können.

— Das alles kommt vom Wirtschaftskampf gegen Deutschland und von dem Eingehen auf die Militärpolitik Frankreichs. Der Deutschenhaß und die Franzosenliebe sind „unbezahlbar".

Erst Schutz der Deutschen — dann Verhandlungen mit Polen

Der Ortsausschuß des Preußischen Landtages setzte am Sonnabend seine Beratungen über die Not in den östlichen Grenzgebieten fort.

Abg. Lukassowitz (Dnat.) wies an Hand der Statistik nach, daß in der Grenzmark Posen-Westpreußen etwa 12 000, in Oberschlesien etwa 18 000, in Ostpreußen etwa 10 000 und insgesamt also in den Grenzmarken des Ostens

40 000 Wohnungen fehlen.

Zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot in diesen Gebieten braucht man einen Betrag von 400 Millionen Mark. Im Sinne der vorliegenden Anträge der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Sozialdemokraten empfahl der Berichterstatter als allgemeine Maßnahme für die Hilfeleistung: 1. stärkere Beteiligung mit Geldmitteln von seiten des Reichs, Preußens und der Gemeinden für den Wohnungsbau; 2. stärkere Heranziehung der Erträge aus der Hauszinssteuer für den [illegible] Wohnungsbau [illegible] in den östlichen Gebieten; 3. Reich und Preußen müßten größere Geldmittel für billige Baukredite zur Verfügung stellen; 4. der Betrag für die gering verzinslichen Hypotheken muß durchschnittlich auf 8000 M. für eine Wohnung erhöht werden; 5. alle in betracht kommenden Instanzen müssen nach einem einheitlichen Plan unter möglichster Beiseiteschiebung von formalen und von Zuständigkeitsschwierigkeiten dieses große Wohnungsprojekt in die Hand nehmen.

Gegen 2 Stimmen der Kommunisten wurde folgender Antrag des Unterausschusses angenommen:

Das Staatsministerium wird ersucht, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß die schwebenden Handelsvertragsverhandlungen mit Polen nicht eher vorläufig oder endgültig abgeschlossen werden, bevor nicht durch diese oder andere Verhandlungen der Schutz der Interessen der deutschstämmigen Bewohner Polens erreicht, das Eigentum der vertriebenen deutschen Optanten geschützt und insbesondere die unterschiedliche Behandlung der Deutschen in Polen in bezug auf das Agrargesetz verschwindet.

Ferner soll die polnische Regierung unter Zurücknahme der Kündigung des Grenzpassierscheinverfahrens von 1920 sich der Durchführung des Rückkehrzwangs für die polnischen Wanderarbeiter nicht mehr widersetzen.

*

Für die am 1. Oktober angekündigten neuen Optantentransporte aus Polen hat die Reichsregierung rechtzeitig Hilfsgelder in der Höhe von zunächst zwei Millionen Mark angewiesen. Noch in den letzten Tagen hat der deutsche Gesandte Rauscher in Warschau sich für die Aufhebung der Optantenausweisung bemüht, trotz des Sturzes der polnischen Währung, die Folge des Wirtschaftskrieges mit Deutschland, waren Zusagen des Herrn Grabski nicht zu erreichen.

Krieg in China.

Das japanische Auswärtige Amt teilt mit, daß General Tschangtsolin, der Beherrscher der Mandschurei an den General Feng den Krieg erklärt habe. Japan sei fest entschlossen, neutral zu bleiben. Die chinesische Tarifkonvention wird verschoben.

— Die Bedeutung der Meldung liegt darin, daß Feng auf Seiten Sowjetrußlands, Tschangtsolin auf Seiten Amerikas (und Englands?) steht. Der große Gegensatz zwischen Russen und Angelsachsen in China soll also anscheinend durch Chinesen im Solde der beiden Gegner ausgefochten werden. Die entscheidende Frage ist, ob auch Rußland neutral bleibt.

*

Das Hauptquartier des Allgemeinen Arbeiterverbandes in Schanghai wurde auf Befehl Tschangtsolins geschlossen. Die Beamten des Verbandes haben sich versteckt, ein bekannter Aufwiegler ist verhaftet worden. Eine große Anzahl Streikender hat die Arbeit wieder aufgenommen.

*

Die blutigen Streitigkeiten zwischen den sich einander befehdenden chinesischen Organisationen im New Yorker Chinesenviertel dauern an. Es handelt sich aller Wahrscheinlichkeit nach dabei um Akte der Blutrache. Ueber 500 Chinesen sind verhaftet worden. 106 von ihnen, die nicht im Besitze einer Aufenthaltserlaubnis sind, werden ausgewiesen werden.

*

Der Präsident von Mexiko hat ein Ausweisungsdekret für sämtliche ausländische Kommunisten unterzeichnet. Im Hafen Veracruz befinden sich bereits 2000 aus dem ganzen Lande zusammengetriebene Kommunisten.

Was sind Gewerkschaften? Sind sie notwendig?

Gewerkschaften sind Lohnkampforganisationen. Aber damit ist nur die Außenseite beschrieben. Wichtiger ist: Gewerkschaften sind Kartelle.

Kartelle? Natürlich. Genau solche Verkaufskartelle wie andere auch: Ganz wie sie verfolgen sie zwei Zwecke: 1. den Preis des Produktes künstlich hoch zu halten, 2. durch den hohen Preis auch den unter ungünstigeren Verhältnissen arbeitenden Kartellmitgliedern die Existenz zu ermöglichen.

Das Produkt, dessen Preis das Kartell „Gewerkschaft" künstlich hochhalten soll, ist die Arbeitskraft (ein Produkt der kunstvollsten Fabrik, die es gibt: des menschlichen Organismus). Der hohe Preis für dieses Produkt Arbeitskraft soll dem unter ungünstigeren Bedingungen — wie: geringere Körperkraft, geringere Intelligenz, geringere Geschicklichkeit, geringere Vorbildung („Angelernte") — arbeitenden Kartellmitglied dem Gewerkschaftsmitglied, die Existenz ermöglichen (das sogenannte „Existenzminimum").

Also: Gewerkschaften sind Kartelle genau wie andere Kartelle auch. Das ist wichtig. Denn daraus ergibt sich: 1. wer die Kartelle grundsätzlich als schädlich für die Allgemeinheit erklärt, kann nicht Anhänger der Gewerkschaften sein. Und wer Anhänger der Gewerkschaften ist, kann nicht Gegner der Kartelle sein. 2. Kartellgedanke und demokratisches Prinzip sind unvereinbar. Der Grundgedanke der Demokratie ist Freiheit des einzelnen und „freie Bahn dem Tüchtigen". Das Wesen des Kartells aber ist das genaue Gegenteil: Bindung des einzelnen und Ausschaltung des freien Wettbewerbs. Gewerkschaften und Kartelle, der Gewerkschaftsgedanke ist also mit dem demokratischen Prinzip so unvereinbar wie Feuer und Wasser. 3. Ein schutzzöllnerisches Staatsgebilde ist nichts anderes als eine nationale Gewerkschaft, oder ein Kartell [illegible] Denn der Schutzzoll bezweckt [illegible] a) den Preis des Inlandsprodukts gegenüber eindringenden Konkurrenzprodukten des Auslandes hochzuhalten, b) durch den hohen Preis auch den unter ungünstigen Verhältnissen arbeitenden Kartell- oder Gewerkschaftsmitgliedern (also in diesem Falle den gesamten produzierenden Kräften der Nation) die Existenz gegen billigere Außenseiterkonkurrenz zu ermöglichen. Dagegen ist der Freihandelsgedanke nur die Ausdehnung des demokratischen Prinzips des freien Wettbewerbs und des „Freie Bahn dem Tüchtigen" von der Innenpolitik auf die Außenpolitik, auf die gesamten produzierenden Kräfte des Auslands, die freie Konkurrenz überall, auch gegenüber der eben nicht zu einem Zollschutzkartell, nicht zur Sicherung des Existenzminimums zusammengeschlossenen freihändlerischen Nation haben sollen.

Der Anhänger des Gewerkschaftsgedankens muß also grundsätzlich Anhänger des Kartellgedankens und Gegner des demokratischen Prinzips und des Freihandels sein. Der grundsätzliche Anhänger der Demokratie und des Freihandels muß Gegner der Gewerkschaften und sonstigen Kartelle sein. Nur die an heillosier Sinnverwirrung und übelster Demagogie krankende Politik unserer Linksparteien kann Gewerkschaftsfreundschaft mit Demokratie und Freihandel vereinen und sich obendrein als Kartellgegner aufspielen!

*

Ob Gewerkschaften notwendig sind? Die Frage läßt sich von der anderen gar nicht trennen und muß lauten: Sind Kartelle und Schutzzoll richtig und Demokratie unrichtig? Bejaht man das, dann sind auch Gewerkschaften grundsätzlich richtig und also notwendig. Verneint man es, indem man Demokratie für richtig und Schutzzölle und Kartelle für unrichtig erklärt, dann sind auch Gewerkschaften unrichtig und unnötig.

Der eigentliche Grundfehler bei der politischen Erörterung dieser Fragen aber ist der, daß man als hohe, heilige Ideen diese Sachen behandelt und „grundsätzlich" entscheiden will. Sie sind reine Zweckmäßigkeits- und Tatfragen. Wir sollten uns endlich bei Behandlung dieser Fragen den „Brustton der Ueberzeugung", die Prinzipienreiterei abgewöhnen, sollten uns gewöhnen, diese Fragen genauso zu behandeln, wie die Frage, ob man bei Regenwetter den Schirm, den Mantel oder keines von beiden nimmt oder zu Hause bleibt. Reine Zweckmäßigkeitsfragen. Denn man denke doch nur ein wenig in die Vergangenheit zurück.

Früher gab es keine Gewerkschaften, keine Kartelle, noch früher gab es die patriarchalische landwirtschaftliche Werksgemeinschaft und die Gilden. Ob das eine oder andere heute richtig und notwendig ist, ist eine Regenwetter- und Regenschirmfrage. Die Zeit kann sehr gut kommen, wo die jetzige Ueberspannung der Organisation der Produzenten aufhört, weil der Verbraucher wieder zu Worte kommt, wo also anstelle der Kartelle und Gewerkschaften freier Wettbewerb tritt, und wo mit dem freien, selbständigen Privatbetrieb vor allem auch der alte, gute Gedanke der Werksgemeinschaft, d. h. das organische und harmonische Zusammenarbeiten aller Produktionsfaktoren, wieder zu Ehren kommt, weil so allein die billige und solide Ware erzeugt wird, die der Verbraucher haben will. Das wäre heute auch Zeit der heutigen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250922013/fragment/page=0001

falschen die echte, ehrliche Demokratie — die man deshalb durchaus nicht als Freihandelsgedanken auf jeden Ausländer auszudehnen braucht, so lange die Existenz des eigenen Volkes nicht gesichert ist, sondern zu ihrer Sicherheit des großen Nationalkartells, des Schutzzollstaates bedarf.

Dr. Elze.

Ein Protest der Sudetendeutschen und Reichsdeutschen.

Gegen die im Juli des laufenden Jahres im Nationalrat eingebrachte Regierungsvorlage zum Schutze des Inlandarbeiters, welche allen Ausländern, die nach dem 8. Juni 1919 sich im Bundesgebiet niedergelassen und aus irgendeinem Grunde ihre Arbeitsstelle verloren haben, die Uebernahme einer neuen Arbeitsstelle untersagt, haben die Organisationen der Sudetendeutschen und Reichsdeutschen in Oesterreich und die Reichsdeutschen Vertretungen in Wien Protest erhoben. Darin wird auf die große Zahl österreichischer Arbeitskräfte verwiesen, die in reichsdeutschen Industrien Erwerb gefunden haben und die im Falle unvermeidlicher Gegenmaßnahmen des Reiches bei einer Industriekrise als Arbeitslose nach Oesterreich zurückkehren müßten.

Die Bewilligung des Armenrechts.

Aus Anlaß von Klagen darüber, daß die Armutszeugnisse nicht selten ohne ausreichende Prüfung erteilt würden, hat der preußische Minister für Volkswohlfahrt durch Erlaß den für die Erteilung dieser Zeugnisse zuständigen Behörden nochmals die größte Sorgfalt in der Prüfung der Einkommens-, Vermögens- und Familienverhältnisse der Antragsteller zur Pflicht gemacht. Bei der Behandlung der Armenrechtsgesuche soll der Frage, ob die Bedürftigkeit des Antragstellers ausreichend dargelegt ist, besondere Sorgfalt zugewendet werden.

Insbesondere ist von den Beamten, welche die Armenrechtsgesuche zu Protokoll nehmen, aufmerksam zu prüfen, ob die vorgelegten Zeugnisse ein deutliches und vollständiges Bild der Verhältnisse ergeben und erforderlichenfalls durch Befragung der Antragsteller auf die Beseitigung von Unklarheiten oder auf die Ergänzung unvollständiger Angaben hinzuwirken.

Bayrischer Bauernbund gegen Zentrum und Sicherheitspakt.

Der Tuntenhausener Bauerntag, an dem von der bayerischen Regierung Sozialminister Oswald teilnimmt, wurde von dem Abgeordneten Dr [illegible] eim mit einer Rede eröffnet, in der er erklärte, [illegible] der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsiden[illegible] sei das Verhältnis Deutschlands zum Ausland [illegible] nicht ungünstiger, sondern günstiger geworden. [illegible] Zur [illegible] rage des Sicherheitspaktes erklärte er, [illegible] Notwendigkeit eines [illegible] nicht er[illegible] weil Deutschland unbewaffnet sei, während Frankreich von Waffen starre. Deutschland habe eher Sicherung nötig als Frankreich. Wenn Deutschland in den Völkerbund eintrete, so würde das nur bedeuten, daß der Versailler Vertrag weiter verlängert werde. Zur äußeren Politik erklärte Dr. Heim nach einer scharfen Kritik an der Regierungsführung in Berlin, unverständlich sei ihm bis zur Stunde die Haltung des Zentrums. Es gäbe keine Einigung unter den deutschen Katholiken, so lange nicht grundsätzlich Wandel geschaffen sei hinsichtlich der Stellungnahme des Zentrums.

Zum Schluß richtete der Redner an die Versammlung die Mahnung, den Kampf um die Erhaltung der letzten Reste der bayerischen Selbständigkeit anzustreben. Als zweiter Redner sprach Landtagsabgeordneter Schäffer, der es als die Aufgabe der Zentrumspartei im Reiche bezeichnete, für eine gerechte Würdigung der Verhältnisse in Bayern einzutreten und nicht den Versuch der Spaltung der Bayerischen Volkspartei zu unternehmen.

Also doch ein Justizskandal?

Ein „großer Tag" des Barmat-Ausschusses.

Die Sonnabend Verhandlung des Barmat-Ausschusses des Preußischen Landtages trug durch die Ladung der Zeugen Dr. Kußmann und Caspari das Gepräge eines großen Tages. Das Publikum war zahlreich erschienen. Vernommen wurde zunächst der 32jährige

Gerichtsassessor Caspari,

der vom 20. Dezember 1924 bis zum 30. Juni 1925 die Angelegenheit Kutisker und Genossen bearbeitet hat. Der Zeuge legte Wert darauf, daß in das Protokoll aufgenommen werde, daß er jüdisch sei.

Der Zeuge betonte zunächst, daß bis Ende Dezember 1924 bei dem Verfahren gegen Kutisker nirgends in der Presse davon die Rede gewesen sei, daß politische Einflüsse in Frage kämen. Nach Einleitung des Verfahrens gegen die Gebrüder Barmat begann sich dann in der Linkspresse eine Stimmung gegen die Maßnahmen der Staatsanwaltschaft zu erheben.

Mit der vorläufigen Festnahme des Justizrats Werthauer wurde die Schimpferei, an der sich insbesondere auch die demokratische Presse beteiligte, allgemein.

Die Staatsanwaltschaft fand keine Hilfe bei den vorgesetzten Behörden.

So ging die Verhetzung der demokratischen Bevölkerung weiter. Die hauptsächlichsten Angriffe richteten sich, wie der Zeuge weiter betonte, gegen ihn wegen der vorläufigen Festnahme des der Beihilfe zu den Betrügereien Kutiskers gegen die Staatsbank verdächtigen Justizrat Werthauer.

Der Zeuge stimmte in seiner Auffassung über Werthauer überein mit seinem Mitarbeiter Staatsanwaltschaftsrat Hölz. Auch der Oberstaatsanwalt Linde war derselben Auffassung, setzte sich aber erst mit dem Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Schneider, in Verbindung. Schneider hatte zunächst beabsichtigt, einen Haftbefehl gegen Werthauer zu erlassen, später aber sagte er, in Anseh[illegible]ung der Persönlichkeit Werthauers solle man ihn doch vorher erst einmal hören.

Der Zeuge erklärte, die Zustimmung seiner vorgesetzten Dienstbehörde zu seinem Vorgehen gehabt zu haben. Es ist mir, so erklärte er, kein Verweis oder Rüge erteilt worden.

Die Beamten der Staatsanwaltschaft und der Zeuge hatten persönlich schwer unter maßlosen Angriffen der Linkspresse zu leiden. Statt daß aber das Ministerium zu ihrem Schutze eingriff, wurde z. B. ihm, dem Zeugen, das Provisorium nicht verlängert, obwohl er sich sogar erboten hatte, die Sache im Wege unentgeltlicher Beschäftigung weiter zu führen.

Er könne unter Beweis stellen, daß die Förderung der Strafsache Kutisker dadurch erheblich gelitten habe, daß er aus der Sache entfernt wurde und sein Mitarbeiter Hölz gleichzeitig Sommerurlaub erhielt, so daß ein materieller Dezernent für diese Angelegenheit überhaupt nicht zur Verfügung war. Wo [illegible] lang sei an dem Aktenmate[illegible] Kutisker [illegible] gearbeitet worden.

Ich möchte, so sagte der Zeuge, ferner unter Beweis stellen, daß namentlich der Abg. Heilmann dazu beigetragen hat, daß mir die Sache Kutisker abgenommen wurde. Er ging planmäßig mit Justizrat Werthauer und weiteren Mittelsmännern in dieser Sache vor und hat im Preuß. Justizministerium für seine Argumente ein williges Ohr gefunden (Hört, hört).

Ihm selber, so fuhr der Zeuge fort, sei in der Strafsache Kutisker kein einziger Fehler vorgewarfen oder nachgewiesen. Aus diesen Vorgängen ziehe er

die Schlußfolgerung, daß unsachliche Gründe das Justizministerium bestimmt hätten.

Als der Vorsitzende, Dr. Leidig den Zeugen fragte, weshalb er gerade unter 62 Millionen Menschen auf Heilmann käme, rief das kommunistische Ausschußmitglied Bartels: „Heilmann ist der größte Schieber in Preußen!" Der Vorsitzende Dr. Leidig rügte diesen Zuruf.

Der Zeuge Caspari behauptete weiter, der Abg. Heilmann sei vom Rechtsanwalt Dr. Werthauer in Anspruch genommen, um sich für die Sache Kutisker und das Schicksal Werthauers zu interessieren.

Auf eine Frage des Kommunisten Bartels, ob auch andere Beamte des Justizministeriums die Meinung vertraten, daß Heilmann dort Einflüsse geltend gemacht habe, die darauf hinausliefen, Beamte kaltzustellen, die sich mit besonderem Eifer der Kutisker- und Barmat-Angelegenheit annahmen, gab Dr. Caspari eine bejahende Antwort.

Als weiterhin Abg. Kuttner fragte, wer der Gewährsmann Casparis hinsichtlich seiner Angaben über Heilmann sei, kam es zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen Kuttner und Caspari. Kuttner bezeichnete Casparis Angaben als kriminalistische Kombination, worauf Caspari mit erhobener Stimme erklärte, er könne eine Antwort geben, verweigere aber jetzt die Aussage.

Nunmehr wurde der 31jährige

Gerichtsassessor Kußmann

vernommen, der bis zum 31. Juli bei der Staatsanwaltschaft beschäftigt war. Der Zeuge verwies auf einen Leitartikel Kuttners im „Vorwärts" vom letzten Sonntag, worin dem Zeugen vorgeworfen wird, daß er mit deutschnationalen Parteimitteln eine Seereise unternommen hätte. Das sei eine so schwere Beleidigung, daß er fragen möchte, ob er verpflichtet sei, die Fragen seines Beleidigers im Ausschuß zu beantworten. Dies wurde bejaht. Darauf schilderte der Zeuge im Zusammenhang, wie er zunächst mit der Bearbeitung der Sache Kutisker beauftragt wurde. Er wies die Anschuldigung zurück, daß einfach Verhaftungen auf einen dunklen Verdacht hin vorgenommen worden seien und erst nachher Material gesucht würde. Die Staatsanwaltschaft habe intensiv von morgens 9 Uhr bis nachts 3 Uhr, auch Sonn- und Feiertage arbeiten müssen. Als ihm sein Kommissorium nicht verlängert wurde, habe er nichts unternommen; er halte sich nicht für berechtigt, den Motiven seiner vorgesetzten Behörde nachzugehen, sondern fühle sich als Beamter zum Gehorsam verpflichtet.

Bei seiner Rückkehr von einer Reise beklagten sich die Beamten der Staatsanwaltschaft über den gegen sie gerichteten systematischen Pressefeldzug; trotz ihrer Bitte bekämen Sie vom Ministerium keinen Schutz. Später wurde ihm auch erzählt, daß Eingriffe des Justizministeriums im Falle Hölle erfolgt seien.

Min.-Dir. Kuhnt solle z. B. der Behörde nahegelegt haben, das Gutachten über Hölles Selbstmord wegen der hohen auf dem Spiele stehenden Versicherungssumme nicht in der Form in die Oeffentlichkeit zu bringen, wie es vorlag. Damals sind nach Aussage des Zeugen sehr scharfe Aeußerungen von Seiten verschiedener Staatsanwälte gefallen. Einer der Herren hat z. B. dem Zeugen gesagt:

„Ich lasse mich nicht zum Versicherungsschwindler und zum Lumpen machen."

Andererseits soll von vorgesetzter Stelle die Aeußerung gefallen sein „das Zentrum darf nicht gereizt werden." Schließlich hat dem Zeugen sogar ein Richter eine Andeutung gemacht, als wenn versucht worden wäre, auch in seine Tätigkeit Eingriffe zu unternehmen.

Es handelt sich um den Amtsgerichtsrat v. Noel, der die ersten verantwortlichen Vernehmungen der Festgenommenen zu führen hatte. Der Vorsteher der Strafgerichtsabteilung Mitte habe ihm gesagt, daß der Amtsgerichtspräsident ihm mitgeteilt habe, aus dem Justizministerium sei angeraten worden:

Es müßten Mittel und Wege gefunden werden, den Amtsgerichtsrat v. Noel aus der Barmatsache zu entfernen.

Das habe der Vorsteher der Strafgerichtsabteilung natürlich abgelehnt. Auf der einen Seite, so erklärte der Zeuge, hatten wir die systematischen schweren Angriffe der Linkspresse, auf der andern Seite fanden wir keine Unterstützung bei unserer vorgesetzten Behörde. — Auf Befragen aus dem Ausschuß bestätigte der Zeuge Kußmann, daß er durch Mitteilungen aus Kollegen- und Vorgesetztenkreisen zu der Meinung gekommen sei, daß der Durchführung des Verfahrens Hindernisse in den Weg gelegt wurden, die auf Beeinflussungen durch die vorgesetzten Behörden zurückzuführen seien. Der Zeuge erklärte weiterhin, daß statt irgend eines Schutzes Caspari und er in brüskter Weise abgerufen worden seien.

Erst während der letzten Teile des Barmatverfahrens, als man den Eindruck hatte, daß nicht ganz sachliche Einflüsse am Werke seien, seien die Herren Leopold und Bacmeister mit der Bitte um Informationen an ihn herangetreten.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitage in Heidelberg wurde der bisherige Parteivorsitzende wiedergewählt und das neue Parteiprogramm nach dem Entwurf der erweiterten Programmkommission mit allen gegen wenige Stimmen angenommen und der Parteitag hierauf geschlossen. Der Vorstand wurde beauftragt, bis zum nächsten Parteitag ein Agrar- und Sozialisierungsprogramm vorzulegen.

Aus dem Mittelmeergebiet.

In der Mossulfrage hat der Mossulausschuß des Völkerbundes beschlossen, eine Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes über die Frage herbeizuführen, ob der Beschluß des Völkerbundsrates betreffend die Grenzfestsetzung zwischen der Türkei und dem Irak einstimmig oder mit Stimmenmehrheit zu erfolgen hat. Die Mossulfrage wird also während der gegenwärtigen Tagung des Rates nicht gelöst werden — sondern wie alle wichtigen Fragen direkter Entscheidung zwischen den Beteiligten überlassen.

Der britische Oberkommissar in Bagdad hat die Regierung in London davon benachrichtigt, daß türkische Streitkräfte erneut die Demarkationslinie überschritten und die Einwohner von zwölf Dörfern verschleppt haben. Anderen Meldungen zufolge, sollen die Türken zahlreiche Greise und Kinder ermordet haben. — Die berühmten „Greuel" wie einst in Belgien; man kennt das Rezept.

Die Londoner „Times" meldet aus Jerusalem: Hiesige Blätter berichten, die britischen Behörden in Semakh, an der Grenze zwischen Palästina und Syrien, hätten sieben Deutsche verhaftet, die das Gebiet der aufständischen Drusen zu erreichen suchten.

Coolidge gegen Caillaux.

Nach einem Bericht des Pariser „New York Herald" hat Präsident Coolidge erklärt, er sei nicht dafür, daß man gegenüber Ländern, die in ernstlichen finanziellen Schwierigkeiten seien, übertriebene Forderungen aufstelle. Er habe keineswegs die Absicht, irgendeinen Druck auf die Mitglieder der amerikanischen Schulden-Fundierungskommission auszuüben.

Er billige jedoch nicht die Haltung eines Teils der amerikanischen Presse, der die Behauptung aufstelle, Frankreich sei nicht in der Lage zu bezahlen.

Nach Ansicht des Präsidenten müsse die amerikanische Presse vornehmlich die amerikanischen Interessen vertreten, und es sei nicht ihre Aufgabe, für die Sache Frankreichs zu plädieren. Das Weiße Haus werde sehr aufmerksam die Aeußerungen der amerikanischen Presse verfolgen, um festzustellen, ob den Wünschen des Präsidenten Folge geleistet werde.

Nach dem „Korrespondenten" hätte diese Bemerkung eine gewisse Ueberraschung hervorgerufen. Man sei der Ansicht, daß diese Geste des Präsidenten Coolidge auf den Wunsch zurückzuführen sei, die Stellung des französischen Finanzministers nicht zu stärken, denn die amerikanische Kommission wäre sehr behindert, wenn der französische Finanzminister sich auf Ansichten und Anregungen stützen könnte, die die Amerikaner selbst zum Ausdruck gebracht hätten.

Langanhaltender Beifall ...

Von Gg. Wilh. Rapp.

Beifall ist immer lebhaft, stark, einstimmig, nicht endenwollend usw. So wenigstens kann man es andern Tags im Blatt lesen.

Einstimmig . . . Ist er wirklich einstimmig? Gibt es was, was weniger einstimmig sein kann, wie der Beifall? Ein Chor, Volksmenge kann dieselben Worte, denselben Satz nachplappern, ein- und denselben. Aber den gleichen Beifall klatschen kann man nicht. Auch wenn ein schlechtes Ohr das zu hören glaubt. Und wenn es von allen Zuhörern bestätigt wird. Oder auch wenn es andern Tags im Blatt steht. Das Händeklatschen ist eine Sprache. Ja, es ist wirklich eine Sprache. Sie glauben das nicht? Möglich. Vielleicht hören Sie diese Sprache zu selten. Oder sprechen Sie ohne Gedanken. Fragen Sie den Künstler, den Sie gestern abend geklatscht haben! Er wird Ihnen verdeutschen, was das Klatschen alles erzählt hat. Er könnte Bände darüber schreiben, was es ihm erzählt hat. Und der Beifall sollte ihm doch was sagen, nicht wahr? Oder haben Sie nur geklatscht, um sich die Hände zu wärmen? Na also, Sie wollten ihm sagen, daß sein Vortrag Ihnen gefallen hat. Ich höre Sie einwenden: Ja, das haben aber die anderen doch auch gewollt. Natürlich wollten sie das alle. Aber es waren doch Leute von verschiedener Einstellung, verschiedenem Gesichtskreis, vielerlei Interessen.

Der Künstler versetzt Sie in den gestrigen Abend zurück. Sie hören den nicht endenwollenden, einstimmigen Beifall, der doch endet und nicht einstimmig ist. Der Künstler hilft Ihnen darin lesen: Er deutet da und dort hin, wo Leute sitzen, die ihm ganz Verschiedenes sagen. Ihr Klatschen formt sich unter seinem Wink zu Worten, die sie verstehen. Da klatscht einer zwischen dem Mantelanziehen: er sagt damit: Es war schön, aber ich bin froh, daß es vorbei ist. Dort klatscht einer, der ist ganz versunken; starren, verträumten Blickes, steht er nach der Bühne, unentwegt, auch noch, als die Umstehenden gehen und er rechts und links 'n Stumper kriegt. Er sagt dem Künstler: Es war eine heilige Stunde, ich weiß nicht mehr, daß ich Mensch von Staub und Asche bin. Dahinten klatscht einer, daß sich die Nachbarn die Ohren zuhalten. Er erzählt: Ich habe mich klotzig gefreut und das ist die Hauptsache, der Künstler braucht nur zu wissen, daß es mir gefallen hat, die anderen braucht er nicht zu hören. Da drüben klatscht eine junge Dame leicht in die feinen Händchen. Sehen Sie, dieses Pianissimo geht in der Masse unter, aber hören Sie nur, was ihre entzückend lächelnden Aeuglein erzählen: Ich liebe Dich, Künstler! Und er steht und hört alles, der Künstler, wenn er sich auch scheinbar so gleichgültig konventionell verbeugt. Dort klatscht einer erst, nachdem er Umschau gehalten und sich überzeugt hat, daß die anderen auch klatschen. Er erzählt so'ne Reklame: Ich verstehe nichts davon, aber wenn die andern auch klatschen, wird es wohl schön gewesen sein. Dort wieder klatscht einer, ehe der Satz abprasselt ist. Er sagt: Ich verstehe nichts vom Satzbau und weiß nicht, wo das Stück zu Ende ist. Wieder einer klatscht lau, ausdrucksvoll unter verstohlenem Gähnen. Er erzählt: Mir war der Vortrag wurscht. An der anderen Saalecke klatscht einer ermunternd aufdringlich: Er sagt: Ich schwärme für diese Kunst, ihre Richtung ist mein Geschmack. Ein anderer klatscht auch, sieht sich aber entrüstet nach den Entlustsaften um; er sagt: Es war bestiedigend, aber so'ne Reklame braucht ihr nicht gerade zu machen. Es ist der Beifall mit dem Beigeschmack des Gegenteils.

Und, die vielen anderen fragen Sie? Richtig, da klatschen ja auch noch 'ne Menge anderer Leute! Sie klatschen immer noch weiter. Diese Leute wollen was geschenkt haben. Sie erwidern: Aber erlauben Sie, das sind doch lauter angesehene Familien, die sich grundsätzlich nichts schenken lassen wollen. Aber Sie vergessen, daß oft die angesehensten Leute vor einem Künstler eine Ausnahme von diesem Grundsatz machen. Der Künstler ist ein wohlerzogener Mensch. Das hindert ihn, zu sagen: Was wollt Ihr denn noch? Ich habe doch alles gesungen, was auf dem Programm stand. Mehr habt Ihr nicht bezahlt! Wenn Ihr ein Pfund Butter kauft, bittet Ihr da auch: Gib uns noch ein Viertel zu, Krämer!? Wie höflich und wohlerzogen der Künstler ist. Er greift nach den Noten. Und singt noch was. Und da klingt der Beifall ab. Damit erzählt er: „Das haben wir gewollt. Und das können wir doch verlangen für unser Geld."

Und morgen steht im Blatt: Langanhaltender, nichtendenwollender, einstimmiger Beifall usw.

Orgel-Konzert in der Moritzkirche

Man muß das Eisen schmieden, so lange es heiß ist; mit anderen Worten: Man muß das Interesse wachzuhalten suchen. Und so veranstaltete Adolf Wieber, der ausgezeichnete Organist an St. Moritz, schon acht Tage nach der Einweihung des neuen Werkes durch Günther Ramin, Organist an der Thomaskirche in Leipzig, sein erstes Konzert.

Offenbar leitete ihm gestern das Bestreben, die Schöpfung des Hoforgelbaumeisters Sauer zu Frankfurt a. O. im hellsten Lichte zu zeigen. Daher die Wahl von Tondichtungen, die zarte Register bevorzugen. Man gewann bisher den Eindruck, daß die Stärke des Werkes — abgesehen von der rein technischen Seite, die bei einer modernen Konzertorgel selbstverständlich alle Neuerungen und Fortschritte im Orgelbauwesen berücksichtigte — in seinen Einzelheiten beruht. Es ist dem Erbauer fraglos gelungen, ein Werk zu schaffen, das in seinen verschiedenen Registern, namentlich in den zarten, ungewöhnliche Reize entfaltet, die aber vielleicht mehr in der Eigenart als auf absoluter Schönheit beruhen dürften. Ob nun das Einbauen in die tiefe Nische akustisch den Klang etwas beeinträchtigt, oder ob die Akustik der Kirche überhaupt nicht die der Marktkirche erreicht, mag vorläufig dahingestellt bleiben. Das „volle Werk" wirkt jedenfalls nicht so überwältigend und imponierend wie bei der Rühlmannschen Orgel in der Liebfrauenkirche.

Adolf Wieber bewies von neuem, daß er den besten Konzertorganisten beizuzählen ist. Seine Ausdeutung der Bachschen Choralvariationen „Sei gegrüßet, Jesu gütig" und „O Gott, du frommer Gott" offenbarte aufs deutlichste, daß der Musiker und der Virtuos auf gleich hoher Stufe stehen. Noch „poetischer" wurde er aber in dem von den meisten Orgelkünstlern von jeher hochgeschätzten Variationenwerke Listzs über den „basso continuo", das auch auf das Schaffen Max Regers von größter Bedeutung gewesen ist. Seine Phantasie über den Choral „Wachet auf, ruft uns die Stimme" läßt in ihrer reichen Harmonik und der Verwendung der Farben wohl diesen Schluß zu.

Die Ausführung der schwierigen Tondichtung zeigte den vollkommenen Meister seines Instrumentes, den souveränen Beherrscher der Tasten und der Register. Höchst interessant müßte es sein, dasselbe Programm von demselben Künstler auf unseren beiden vornehmsten Orgelwerken gespielt zu hören. Erst dann könnte ein abschließendes Urteil abgegeben werden über die Rangstellung beider Werke. Freuen wir uns einstweilen, daß wir zwei Meisterschöpfungen in Halles Mauern bergen.

Die Moritzkirche war dicht besetzt, und die Zuhörer lauschten in atemloser Spannung dem meisterlichen Spiele Adolf Wiebers.

Martin Frey.

Die Gesellschaft für Kirchengeschichte, 1919 gegründet, ladet zu ihrer 7. Jahresversammlung ein, die am Montag, 28. September, in Erlangen, der großen 55. Philologen-Versammlung vorausgehend, tagen soll.

Renaissancegemälde im Keller. Auf einem Landgut bei Florenz machte die Polizei einen ebenso merkwürdigen wie kostbaren Fund. In einem großen Faß im Keller wurde eine Anzahl Renaissancegemälde, Kirchengeräte und Heiligenstatuen von großem Kunstwert und fast alle aus dem 16. Jahrhundert, entdeckt. Der Besitzer des Landgutes, der behauptet, von den Schätzen nichts zu wissen, wurde verhaftet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250922013/fragment/page=0002